

Vom Drüberbügeln und Vorbeugen bei Krisen

Thomas Roithner

Wenn wir heute militärische Interventionskräfte in alle Welt schicken, um „unsere Interessen“ zu verteidigen, so die Berliner Ökonomin Birgit Mahnkopf, „dann liegt dem nicht zuletzt die Furcht vor jenen negativen Wirkungen unserer Handlung zugrunde, die wir durch unser Wirtschafts- und Sozialmodell tagtäglich selbst erzeugen.“

Natürlich sind die Kriegsursachen im Nahen Osten vielfältig. Manche davon sind hausgemacht, andere resultieren aus den Begehrlichkeiten und Interessen auswärtiger Mächte. Die externen Parteien sind so zahlreich wie deren Motive - Ressourcen, Märkte, Waffenverkäufe, Weltmachtansprüche, Ordnungsbedürfnisse oder Bündnisloyalitäten. Die USA, die EU, Russland und China wird man sich nicht nur im Nahen und Mittleren Osten als „player“ merken müssen, sondern auch, wenn wir in den nächsten Dekaden über geökonomische und geopolitische Verwerfungen diskutieren.

Auf Interessensgegensätze und Krisen reagiert der „Westen“ nicht selten kurzatmig, opportunistisch und setzt Sicherheitsapparate ein. Die unterschiedlichen Möglichkeiten der zivilen Prävention verstreichen oftmals ungenützt. Die „Feinde des Feindes“ werden zu Verbündeten und mit Waffen beliefert. Die Kassen der Rüstungskonzerne klingeln. Nicht zum ersten Mal endet dies in einem völkerrechtswidrigen oder höchst zweifelhaften regime change à la Muammar Gaddafi oder Saddam Hussein.

Das Ergebnis sind Fluchtbewegungen, lückenfüllende und mindestens so zweifelhafte Nachfolgeregime und vormals mehr oder weniger funktionierende und nunmehr gescheiterte - oder vielmehr zum Scheitern gebrachte - Staaten. Die heutigen globalen Krisen und Bedrohungen sind vielfach das Ergebnis eines berechnenden wirtschaftlichen und/oder militärischen Drüberbügelns.

Rückstöße

Doppelte Standards sind ein Forschungsfeld von Chalmers Johnson von der Columbia-Universität. Er bezeichnet „blowbacks“ (Rückstöße) als die „unbeabsichtigten Folgen politischer Maßnahmen“. Seine Warnung für die Zukunft ist deutlich: „Aufgrund der zunehmenden internationalen Verflechtungen leben wir heute in gewisser Weise alle in einer von Rückstößen bedrohten Welt“. Auch die USA sind „weder militaristisch oder wohlhabend genug, die ständigen Polizeiaktionen, Kriege und finanziellen Rettungsmanöver hinzunehmen“.

Nordamerika und Europa wiesen nach Angaben des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) 2012 rund 64 % der weltweiten Militärausgaben auf. Von den zehn größten Rüstungsproduzenten der Welt sind sieben in den USA und drei in der EU. Über 50 % der weltweiten Waffenexporte stammen aus den USA und der EU. Die EU-Staaten verkauften in den letzten Jahren mehr Waffen als Russland. Immer wieder tauchen „unsere“ Waffen in Kriegsgebieten auf und niemand will Schuld haben. So selten wie das Schuldgeständnis ist auch die Herkunft der Waffen nachzuweisen. Am Ende geben sich die europäischen Staaten empört.

Uneinigkeit und Militarisierung

Ein Ergebnis der auch in der Flüchtlingsfrage uneinigen EU ist ein neuer EU-Militäreinsatz. Der Marine-Einsatz „Sophia“ - eine erweiterte Fassung des vormaligen Militäreinsatzes EUNAVFOR - beinhaltet nicht nur den Einsatz von Schiffen, sondern auch von Drohnen, Hubschraubern und U-Booten. Genaue Einsatzregeln sind - wie bei allen anderen Auslandseinsätzen der EU - nicht bekannt. Dieser Militäreinsatz als Folge der Flüchtlingskrise kommt just nach den Vorstößen von EU-Kommissionspräsident Juncker zur Schaffung einer Euro-Armee.

Seit dem Kosovo-Krieg ist es zum System geworden, eine uneinige EU-Außenpolitik zu einem wesentlichen Teil durch militärische Strukturen, Institutionen und Kapazitäten zu kompensieren. Kerneuropamodelle, die militärisch unwillige und unfähige Staaten unter bestimmten Voraussetzungen abkoppeln, machen die EU weder friedensfähiger, glaubwürdiger noch demokratischer.

Kohärenter Ansatz

Die EU legt fest, dass unterschiedliche Politikbereiche - Handel, Finanz, Justiz, Entwicklung oder Militär - ineinandergreifen müssen und bezeichnet dies als „kohärenten Ansatz“. Ein Gedanke, der einer Weiterentwicklung bedarf. Wer mehr Rüstungsgüter verkauft hat, soll jetzt auch mehr solidarische Beiträge für Flüchtlinge, Entwicklung und ökologische Sicherheit leisten. Grundsätzlich schließen sich aber ein friedensfähiger kohärenter Ansatz und Rüstungsexporte aus. Waffen und Asyl sind keine beliebigen Tauschobjekte.

Krisenprävention

Eine uneinige EU-Politik darf einzelstaatliche präventiv und humanitär wirkende Maßnahmen nicht in Geiselnahme nehmen. Österreich würde in der Staatengemeinschaft gute Dienste leisten, wenn es seinen in der Sicherheitsstrategie selbst gesteckten Ansatz einer proaktiven Sicherheit - „Bedrohungen sollen erst gar nicht entstehen“ - gemeinsam mit internationalen staatlichen und nichtstaatlichen Verbündeten umsetzt und weiterentwickelt.

Mit ziviler Krisenprävention soll menschliches Leid vermieden werden. Sie ist allemal billiger als ein Militäreinsatz und steigert die außenpolitische Glaubwürdigkeit. Konzeptionen für zivile Prävention gibt es nicht nur vor gewaltsam ausgetragenen Konflikten, sondern auch wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist. Die Festlegung der Sicherheitsstrategie, der Prävention den „Vorrang einzuräumen“, sollte zum außenpolitischen Leitbild und Markenzeichen werden. Die Unterstützung der Zivilgesellschaft wäre der Regierung dabei gewiss.

Thomas Roithner, Friedensforscher und Journalist, Privatdozent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien, www.thomasroithner.at

Quelle: Roithner Thomas: Vom Drüberbügeln und Vorbeugen bei Krisen, in: Interesse. Soziale Informationen, Medieninhaber: Diözese Linz, Herausgegeben von Severin Renoldner, Sozialreferat der Diözese Linz, Ausgabe 2015/4, Linz 2015, Seite 3.

Webtipp: [Diözese Linz, Interesse](#)